



Nr.33/2009

29.06.09

Konjunkturprogramm: Steuerung über den goldenen Zügel? SPD hinterfragt Vergabe der Fördermittel

Bei den Sozialdemokraten will sich die rechte Freude über die Zuteilung der Konjunkturfördermittel noch nicht recht einstellen. Sicher ist Flensburg bei den Maßnahmen im Bereich Städtebau mit einer Gesamtsumme von insgesamt 2,5 Millionen Euro gut berücksichtigt worden. Doch bei der Auswahl der Projekte und dem Verteilungsverfahren hapert es nach Meinung der SPD.

Der SPD-Vorsitzende Helmut Trost: „Das Flensburger Konzept zur Umsetzung des Konjunkturprogrammes bestand darin, möglichst viele mittlere und kleine Maßnahmen durchzuführen. Die Mittel sollten breit gestreut werden, um größtmögliche Arbeitplatzeffekte zu erzielen und möglichst viele Einrichtungen auch im Bereich Sport und Kultur zu fördern. Genau der gegenteilige Effekt ist jetzt eingetreten.“ Bei den jetzt vorliegenden Entscheidungen sei das Konzept der Stadt teilweise leider völlig auf den Kopf gestellt worden, meint die SPD.

„Warum fordert man erst eine Prioritätenliste, um sie dann nicht zu berücksichtigen und als sogenannte Orientierungshilfe abzutun? Warum zwingt man die Kommunalpolitiker zu schwierigen Diskussionen und Abwägungsprozessen, um sich dann genau konträr zu ihren Beschlüssen zu verhalten“, fragt Helmut Trost. „Wir haben uns die Beratungen im Hauptausschuss nicht leicht gemacht und schwierige Abwägungsprozesse durchgeführt. Ich habe volles Verständnis für diejenigen, die im Vertrauen auf die abgesprochene Prioritätensetzung Zeit, Energie und Geld in die Planungen gesteckt haben und jetzt zu Recht verärgert sind.“ Der Flensburger Vorschlag war vom Hauptausschuss einstimmig verabschiedet worden.

Die SPD hofft, dass sich bei der Verteilung der noch nicht verplanten sogenannten „Reservemittel“ von landesweit 1,4 Millionen Euro noch Möglichkeiten für weitere Flensburger Projekte ergeben.

Was die Sozialdemokraten auch erstaunt ist, dass offensichtlich eine Reihe Flensburger Anträge in Kiel überhaupt nicht als förderfähig eingestuft wurden. Damit hatten sie überhaupt keine Chance, überhaupt in die letzte Entscheidungsrunde zu gelangen: „Wir sind von einer qualifizierten Antragstellung durch die Stadtverwaltung ausgegangen und davon, dass die notwendigen Abstimmungen mit dem Ministerium im Vorfeld erfolgen.“ Alle Anträge präzise auf die Anforderungen der Förderrichtlinien zuzuschneiden, das wäre nach Auffassung der SPD Pflicht der Verwaltung gewesen. Sie bedauert dies sehr: „Schade - hier wurden im Zusammenwirken von zwei Bürokratien Chancen vertan, es wurde mit dem goldenen Zügel gesteuert und der kommunale Wille übergangen.“

Hintergrund:

Wie berichtet wurde die Flensburger Maßnahmenliste zum Konjunkturpaket bei den Kieler Entscheidungen kaum berücksichtigt. Am 19. Mai hatte der Flensburger Hauptausschuss nach schwierigen Diskussionen einstimmig eine Prioritätenliste verabschiedet. Bei den Maßnahmen außerhalb von Städtebaufördergebieten führte das Christiansenhaus (Förderbetrag 550.00 Euro) die Liste an. Diese wurde auch berücksichtigt. Doch an weiteren Maßnahmen wurden dann lediglich die an Platz 3 (Sportplatz Westerallee, 300.000 Euro) und Platz 9 (Sauermannhaus) liegenden Vorschläge ausgewählt. Gerade die letzte Maßnahme kostet Millionen (Förderbetrag 1,4 Millionen Euro) und räumt so den Löwenanteil der Fördermittel ab. Genau dieses hatte Flensburg verhindern wollen und eine breitere Streuung der Mittel angestrebt. Bei den Maßnahmen innerhalb von Städtebauförderungsgebieten soll lediglich der Skaterpark mit 250.000 Euro gefördert werden.